

# Der Grundstein

### Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.  
Verbands-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigepaltene Zeitzeile oder deren Raum berechnet

### Bekanntmachung des Verbandsausschusses.

Da unsere Bekanntmachung in Nr. 48 des „Grundstein“ von den meisten beschwerdeführenden Kollegen bis jetzt nicht beachtet worden ist, sind wir genötigt, das Folgende noch einmal bekanntzugeben.

Der Verbandsausschuss hat seinen Vorsitzenden Kollegen August Dache, bis auf weiteres von seinem Posten beurlaubt, da er vorläufig die Einrichtung eines Vereinigungsamtes für die Berliner Distanz unter Aufsicht der Wänter in Hammern übernommen hat. Als zur Zurückkunft Daches oder einer anderweitigen Regelung durch den Verbandsrat oder einem Verbandstag führt der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Wilhelm Lemm, wohnhaft Berlin SO 36, Grarstr. 23, die Geschäftsstelle des Ausschusses. Alle Zuschriften an den Verbandsausschuss sind nunmehr dahin zu richten.

Um der Fort unübliche Schwierigkeiten zu erparieren und dem Verbandsausschuss die glatte Abwicklung seiner Aufgaben zu ermöglichen, bitten wir diese Bekanntmachung zu beachten und streng zu befolgen.

Der Verbandsausschuss,  
A. A.: Wilhelm Lemm.

### Tagung des Verbandsrates.

Der Verbandsvorstand und die Bezirksleiter unseres Verbandes sowie der stellvertretende Vorsitzende des Verbandsausschusses waren am 29. und 30. Januar in Hamburg Gewerkschaftshaus zu einer Konferenz des Verbandsrates versammelt. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Stand des Verbandes, mit unserer zukünftigen Vornahme, mit der Abhaltung von Bezirkskonferenzen und von Konferenzen für die Spezialbranchen sowie mit einer ganzen Reihe wichtiger Verwaltungsfragen. Kollege Baeplov erstattete Bericht über den

### Stand des Verbandes.

Die Mitgliederbewegung läßt sich, da die Abrechnungen vom 4. Quartal noch nicht alle eingegangen sind, noch nicht genau übersehen. Der Verband hatte am Quartalschluss vor Kriegsausbruch 309 562 Mitglieder. Bis zum Schluss des 3. Quartals 1918 sind 85 486 Mitglieder neu eingetreten. Das ergäbe einen Mitgliederstand von 395 048. In Wirklichkeit waren aber am Schlusse des 3. Quartals 1918 nur 267 541 Mitglieder vorhanden. Von ihnen waren 88 161 in der Heimat und 184 380 im Heer. Der Verlust beläuft sich somit auf 127 507 Mitglieder. Davon sind 19 111 als gefallen gemeldet, 50 189 sind durch Tod, Austritt usw. verloren gegangen; wo der Rest von 88 207 geblieben ist, ist nicht festzustellen. Ende Januar betrug die Mitgliederzahl (Wahlbezirksebene und Bezirksgebiete) etwa 155 000. Es ist daraus zu ersehen, daß sich ein großer Teil unserer heimatverlassenden Krieger beim Verband noch nicht wieder angemeldet hat. Um sie wieder heranzubringen, darf keine Mühe und kein Opfer gescheut werden. Wo sich die Zurückgekehrten nicht selbst melden, müssen sie durch Beauftragte der Vereine persönlich aufgesucht und zur Wiederanmeldung bezwogen werden, und zwar sobald als möglich, damit die zurückkehrenden Kollegen nicht ihre erworbenen Verbandsrechte verlieren. Die Anmeldung muß innerhalb 4 Wochen geschehen.

Von den Angestellten des Verbandes sind während des Krieges 3 infolge Alters oder Krankheit ausgeschieden, 13 sind im Kriege gefallen oder infolge Krankheit oder Verwundung gestorben, 2 sind noch in Gefangenschaft und eine sind zur Arbeit im Reichsdienst beziehungsweise zur Arbeit bei Soldatenräten beurlaubt. Sie beurehen selbstverständlich vom Verbande kein Gehalt. (Wir stellen dies hier deshalb ausdrücklich fest, weil von iparaktischer Seite die Lüge verbreitet wird, der beurlaubte stellvertretende Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Baeplov, sei auf Kosten des Verbandes im Reichsdienst beschäftigt. Die Medation.) Infolge der Mit-

meldungen unserer Kollegen vom Heeresdienst, der damit verbundenen Freibung der Kriegsmarken, der Umschreibung von Wäntern usw. sind die noch vorhandenen Angestellten sowohl im Hauptbureau wie in den Bezirken und Vereinen stark mit Arbeit überlastet. Der Verbandsvorstand will jedoch, da es sich nur um eine Uebergangszeit handeln kann, keine Ersatzkräfte einstellen.

Infolge der Demobilisierung unserer Heere und der Einstellung der Kriegsbauarbeiten ist die Arbeitslosigkeit unter unsern Mitgliedern stark gestiegen. In der Woche vom 14. Oktober waren nur 81 Mitglieder arbeitslos, von denen 12 Unterstützung bekamen. Am 100 Mitglieder kamen 0,04 Arbeitslose und 0,01 Unterstützte. In der Woche vom 20. Januar war die Zahl der Arbeitslosen auf 20 116, die Zahl der Unterstützungsempfänger auf 13 282 gestiegen. Auf je 100 Mitglieder kamen nun 12,61 Arbeitslose und 8,32 Unterstützte. In dieser Woche wird natürlich die Zahl der Arbeitslosen und der Unterstützungsempfänger noch viel größer.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit wird der Verband finanziell sehr stark in Anspruch genommen. Im November war zwar der Zuschuß der Verbandshauptkasse an die Vereine nur ganz gering. Im Dezember lag er aber schon auf M. 186 000 und im Januar auf M. 600 000. Es besteht jedoch nicht die Gefahr, daß der Verband dadurch in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Der Vorstand hat einen großen Teil der während des Krieges auf längere Zeit festgelegten Mittel flüssig gemacht, so daß die statutarischen Unterstützungen auch dann gezahlt werden könnten, wenn die Arbeitslosigkeit noch zunehmen sollte.

Kollege Baeplov berichtet dann weiter über die Lohnveränderungen mit dem Arbeitgeberverband und über die Entscheidung des Zentralausschusses, betreffend die Lohnumrechnung auf die achttägige Arbeitszeit. Die Lohnumrechnung sollte nur vorgenommen werden auf den zur Zeit der Umrechnung bestehenden Lohn. Wo sich aber die Unternehmer bis jetzt geweigert haben, die Umrechnung vorzunehmen, sollten unsere Kollegen ruhig die Umrechnung des jetzigen Lohnes verlangen, also die Zulage vom 1. Januar in die Umrechnung mit einbezügen.

Auch auf die durch die Revolution für die Gewerkschaften gestiftete Lage gung Kollege Baeplov ein. Er erinnerte daran, daß von syndikalistisch, iparaktistisch, kommunikativer Seite die Gewerkschaften als überflüssig erklärt werden und daß ihnen schärfster Kampf angelegt ist. An ihre Stelle tritt man die lokalistisch-syndikalistische „Einheitsorganisation“ und die Betriebsräte setzen. Nach seiner Meinung seien die Betriebsräte der Anfang zum Ende der Gewerkschaften. Die Bauarbeiter müssen jedenfalls streng darauf halten, daß nicht irgendwelche Betriebsräte, sondern die wirkliche Einheitsorganisation der Bauarbeiter, der Bauarbeiterverband, ihre beruflichen Angelegenheiten regle.

In der Ansprache über diesen Bericht wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß unsere Kriegsteilnehmer noch lange nicht alle entlassen seien. Auch auf die Abrechnung von Gebieten in Ost und West und auf den dadurch herbeigeführten Mitgliederverlust wurde hingewiesen. Im allgemeinen geben die Zurückmeldungen in den meisten Bezirken auf vor sich; Wohnungen sind vielfach nicht notwendig. Auch zahlreiche Neuaufnahmen werden aus den verschiedenen Gebieten gemeldet, obwohl die Gründung neuer Vereine noch gibt es natürlich auch viele Ausnahmen. Im Osten hat ein Teil unserer Mitglieder Dienst beim Grenzschutz genommen. Zahlreiche ehemalige Mitglieder kehren nicht mehr zu uns zurück, weil sie als Schwerverletzte im Baugewerbe nicht mehr arbeiten können. Andere geben zufolge des unglücklichen Kriegsausganges und der dadurch notwendig werdenden Umstellung unserer Wirtschaft in die Agrarwirtschaft über. Alles das, ganz besonders aber die schlechte Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe, werde dazu beitragen, daß wir unsere Mitgliederzahl aus der Zeit vor dem Kriege in absehbarer Zeit nicht wieder erreichen. Interessant war der Bericht des Vertreters aus dem besetzten rheinischen Gebiet. Bei uns — so sagte er — gibt es keine Arbeiter- und Soldatenräte mehr, da kommunizieren die Befehlshaber und die Unternehmer

Wenn die Arbeiter arbeitslos werden, holen die Unternehmer die Befehlshaberarmee zu Hilfe. In einer ganzen Reihe von Orten haben die Unternehmer die Lohnumrechnung abgelehnt, angeblich, weil die Befehlshaber die Umrechnung nicht wollen. Die Zahl der Neuaufnahmen ist auch im besetzten rheinischen Gebiet sehr groß Laufende werden aufgenommen; aber leider betrachten die meisten davon die Organisation immer noch als Laubensschlag, aus dem man bei der ersten Gelegenheit wieder verschwindet. — In Mainz sollen die Franzosen die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit angeordnet haben.

Allgemein gellagt wurde auf der Konferenz über die große Arbeitslosigkeit. Es kam zum Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit infolge der hohen Unterstützungen viel größer sei, als sie nach Lage des Arbeitsmarktes zu sein brauchte. In vielen Orten ist die behördliche Arbeitslosenunterstützung zusammen mit der Arbeitslosenunterstützung von unserm Verband fast ebenso hoch, wie der Verdienst aus dem tariflichen Lohn, in einzelnen Fällen geht sie sogar über den tariflichen Lohn noch hinaus. Da sei es schwer, selbst für Tariflöhne bei Vollstandsarbeiten Arbeitskräfte zu bekommen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, in Fällen, wo die allgemeine Unterstützung eine gewisse Höhe überschreitet, unsere Verbandunterstützung ganz oder teilweise wegzulassen und sie den davon betroffenen Kollegen für später zu sichern. Dieser Gedanke wurde aber von der Konferenz einmütig verworfen, weil man damit nur Unruhe in die Reihen unserer Kollegen trüge, de en man die Unterstützung gerade für die Zeit nach Kriegschluss immer in Aussicht stellte. Jedoch wurde von der Konferenz fast einmütig anerkannt, daß die heutigen hohen Unterstützungen zur Verringerung der Arbeitslosenzahlen nicht geeignet sind und daß die Arbeitslosenzahlen vermindert werden müssen, wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit einer Katastrophe entgegengehen wollen.

Mit aller Entschiedenheit wurde daran festgehalten, daß unser Verband die berufliche Vertretung unserer Mitglieder sein und bleiben müsse. Erstreckterweise konnte eine ganze Reihe von Weiratsmitgliedern erklären, daß es darüber in ihren Bezirken gar keinen Streit und gar keine Meinungsverschiedenheiten gebe. Doch wurde auch von einzelnen gemalten Eingriffen in die gewerkschaftliche Tätigkeit durch syndikalistisch-kommunistische Elemente berichtet. Die Konferenz war sich völlig einig darin, daß zwar unserm Verband in Zukunft einzelne seiner bisherigen Aufgaben erleichtert würden, manches auch auf gesetzlichem Wege erledigt werde, daß ihm aber dafür neue Ausgaben zufliessen, die er nur erledigen könne, wenn er die starke Vertretung unserer Kollegen bleibe. Es wurde beschlossen, mit aller Kraft an die Werbung von Mitgliedern und den Ausbau des Verbandes zu gehen. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, zu diesem Zweck demnächst ein neues Werbeflugblatt herauszugeben.

### Wachtente müssen Beiträge bezahlen.

Nach der Aussprache über den Bericht des Verbandsvorstandes wurden einige wichtige Fragen entschieden. Zunächst die, ob freiwillig im Wachtdienst verbleibende Kollegen Beiträge zahlen sollen. Diese Kollegen bekommen neben ihrer Eshnung, Nahrung und Kleidung täglich eine besondere Entschädigung — im allgemeinen wohl M. 5. Mit ihrer Familienunterstützung und ihren sonstigen Bezügen haben diese Kollegen ein Einkommen, das im allgemeinen dem Lohn unserer auf dem Bau arbeitenden Kollegen entspricht. Die Konferenz entschied einmütig, daß diese Kollegen Beiträge zahlen müssen. Sie haben selbstverständlich im Vorfall Anspruch auf die Unterstützungen des Verbandes. Der gleiche Beschluss gilt auch für jene Kollegen, die freiwillig Dienst beim Grenzschutz tun, da diese Kollegen im allgemeinen noch besser stehen, als die im Wachtdienst beschäftigten.

### Schluss mit Kriegsmarken.

Eine weitere Frage war, wie lange vom Verband Kriegsmarken zu leben seien. Die Kriegsmarken gelten bei uns bekanntlich als Wollmarken. Der Krieg ist jetzt zu

40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000



Ende, doch hat ein Teil unserer Mitglieder noch freiwillig Dienst oder leistet seine aktive Dienstleistung ab. Für viele sind die Kriegsmarken nicht eingeführt worden. Die Konferenz beschloß: Nach dem 28. Februar werden Kriegsmarken nicht mehr geteilt. Kollegen, die bis dahin nicht auf der Gefangenenschaft oder aus sonstigen Gründen zurück sein können, erhalten für die fernere Zeit an Stelle von Kriegsmarken Arbeitslosenzulagen.

**Abichluß der Familienunterstützung.**

Bis jetzt ist immer noch an einzelne Familien von eingezogenen Kollegen, wenn sie die feineren gezahlten Unterstützungen nicht rechtzeitig erhalten konnten — etwa weil die Frau verreist war oder aus andern Gründen — die Familienunterstützung nachträglich ausgezahlt worden. Die Konferenz des Verbandsrats hat beschlossen, daß solche Unterstütlungen nach dem 1. März nicht mehr gezahlt werden sollen.

**Sonstige Fragen.**

Von den im Anschluß an die Aussprache über den Stand des Verbandes sonst noch behandelten Fragen sei noch folgendes erwähnt: Eine Anregung, den aus den sächsischen Grenzbezirken infolge der politischen Neuordnung ihrer außerdeutschen Heimatländer dorthin überlebenden Kollegen den Zugang zur Unterstütlung zu gewähren, mußte abgelehnt werden, weil der Verband dazu statutarisch keine Möglichkeit hat. — Eine Anregung, den aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen Kollegen, die ihr Hab und Gut dort zurücklassen mußten und nur 40 kg Gepäck mitnehmen durften, eine besondere Unterstütlung zu gewähren, wurde als Pflicht des Reiches bezeichnet und aus obigen Gründen ebenfalls abgelehnt. Der Verbandsvorstand wurde aber beauftragt, auf der Vorstandskonferenz dahin zu wirken, daß die Generalkommission bei der Reichsregierung um schleunige Hilfe für die Ausgewiesenen nachsucht. — Vor dem Kriege sind von unserm Verband in Süddeutschland zur Wilderung der Arbeitslosigkeit viele junge Kollegen nach der Schweiz dirigiert worden. Sie wurden dort vom Kriege überrascht und zum Heeresdienst eingezogen, sind aber jetzt zum Teil in die Heimat zurückgekehrt. Da sie unmittelbar vor Ausbruch des Krieges nicht Mitglieder unseres Verbandes waren, sondern dem Schweizer Bauarbeiterverband angehörten, erhebt sich die Frage, ob sie von uns Kriegsmarken bekommen können. Die Konferenz beschloß, ihnen Kriegsmarken zu geben, wenn sie ihre Bücher bis zum Tage ihrer Einziehung beim Schweizer Verband in Ordnung gebracht haben. Durch eine gegenseitige Entscheidung wären diese Kollegen dafür, daß sie durch ihre Ausreise in die Schweiz zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen, noch bekräftigt worden.

**Die Tariffrage.**

Eingehend besprochen wurden die mit dem Ablauf der Tarifverträge zusammenhängenden Fragen. Die Konferenz war der Überzeugung, daß wir im Baugewerbe auch in Zukunft auf Tarifverträge nicht verzichten können. Durch die Verordnung der sozialistischen Reichsregierung über die gesetzliche Regelung des Tarif- und Schlichtungswesens vom 23. Dezember 1918 kommt in Zukunft den Tarifverträgen noch größere Bedeutung als früher zu. Die Tarifverträge können durch Eintragung in ein Tarifregister für ganze Gewerbe mit unbedingter Rechtsverbindlichkeit versehen werden; die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber schaffen dann bei der Vereinbarung von Tarifverträgen ab sofort gültiges öffentliches Recht.

In der Aussprache über diesen Punkt war die Frage zu klären, ob sich für uns die Verlängerung des jetzigen oder der Neuaufschluß eines andern Vertrages empfehle. Von den verschiedensten Seiten wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß angesichts der Unsicherheit auf dem Bauplätze und angesichts der noch in voller Gärung befindlichen politischen und sozialpolitischen Verhältnisse zurzeit diese Frage noch nicht spruchreif sei. Die Konferenz beauftragte den Verbandsvorstand, mit den Tiefbauunternehmern wegen des Abschlusses eines Vertrages für das Tiefbaugewerbe zu verhandeln.

Zur Erledigung der Tariffrage soll ein Verbandstag stattfinden, der auch noch andere wichtige Fragen zu erledigen hat. In den nächsten Wochen sollen überall, wo es möglich ist, Bezirkskonferenzen einberufen werden, um die Bezirksleiter und Bezirksausschüsse neu zu wählen und auch zur Tariffrage und zum Verbandsrat Stellung zu nehmen. Alle Bezirkskonferenzen sollen spätestens Ende März oder Anfang April erledigt sein. Für die Präzisionsleger, die Statistiker und die Zlotierer sollen außerdem Reichskonferenzen stattfinden, auf denen die Berufsfragen dieser Gruppen geklärt werden sollen. Alle diese Konferenzen sollen gleichzeitig der Förderung unserer Werbearbeit dienen.

Von den sonst noch zur Verhandlung stehenden Punkten waren die meisten verwaltungstechnischer Art. Da sie die Gesamtheit unserer Mitglieder kaum interessieren dürften, erübrigt es sich, hier darüber zu berichten. Auf einen Punkt müssen wir aber noch hinweisen:

**Die angelegten Kriegsantleihen des Verbandes.**

Trotzdem wir im „Grundstein“ mindestens schon zehnmal erklärt haben, daß unser Verband keine Gelder in Kriegsantleihen angelegt habe, wird nach einem Bericht des Kollegen Hartmann in Bezug Leipzig noch wie vor die Behauptung verbreitet, daß der Verband doch Kriegsantleihen gezeichnet habe. Wir erklären deshalb hier noch einmal: Unser Verband (Hauptkasse) hat nie auch nur einen einzigen Pfennig in Kriegsantleihen angelegt. Alle entgegengesetzten Behauptungen sind pure Lüge.

**Kriegerheimstätten.**

Es muß anerkannt werden, daß auf dem Gebiete des Heimstättenwesens einzelne miltärische Stellen weitestgehend waren, als die zivile Reichsleitung. Sowohl Hindenburg wie Ludendorff haben alles aufgebieten, um die Reichsleitung auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues und des Kriegerheimstättenwesens vorwärts zu treiben. Auch dafür gibt Demasche in einer Novembernummer der „Vorderreform“ den unklügelnden Beweis. Aber selbst der Diktator Ludendorff vermochte auf diesem Gebiet seinen Willen nicht durchzusetzen. Er scheiterte am Kaiser, am Kronprinzen, vor allem aber an dem famosen Helfferich, dem getreuen Sachwalter aller höheren Kapitalsinteressen.

Vor einiger Zeit hat auch Professor Wilbrandt in der „Freiheit“ diese Sache berührt und dabei ausgeführt: „Der Kaiser ließ sich von seinem Liebling Helfferich ein Gutachten erstatten. Dieser entbehrte sich seines Amtstrages und Meißnerhaft erst lange Lobsprieche auf die gute Arbeit, gutete die Bemerkung, die heimkehrenden Krieger würden nach diesem Gesetz, das ihnen das unbedingte Veräußerungsrecht nicht gebe, minderen Rechtes sein. Das schlug durch. Die bedrohten Interessen der Terrainspekulanten und der dahinter stehenden Banken waren gerettet.“

So ist es zu erklären, daß es erst der Revolution bedurfte, um auch auf diesem Gebiete freie Bahn zu schaffen und vorwärts zu kommen.

Im allgemeinen werden von der Kriegerheimstättenbewegung zwei Arten von Heimstätten unterschieden: die Wirtschaftsstätte oder Erwerbsheimstätte und die Wohnheimstätte. Die Wirtschaftsstätte Heimstätten sollen als kleine Bauernstellen, Betriebsstätten für Gärtner, Gänschierstellen für Landarbeiter und als Anwesen für landliche Handwerker und für Arbeiter gewerblicher Betriebe dienen. Sie sollen mit so viel Aukland ausgestattet sein, daß sie groß genug sind, um den eigenen Bedarf des Betriebes und seiner Familie an Obst, Gemüse und Karoffeln zu decken und das erforderliche Kleinvieh zu halten. 3000 Quadratmeter werden im allgemeinen als Mindestmaß für diese Heimstätten betrachtet. Auch die Wohnheimstätten sollen mit Aukland ausgestattet sein, doch soll dieses nur einen Beitrag zur Ernährung liefern. Die Wohnheimstätten sollen möglichst im Rahmen von Gartenstädten oder Gartenvorstädten liegen, und den Bewohnern Gelegenheit zu beruflicher Betätigung in oder außer dem Hause bieten.

Die Heimstätten sollen entweder durch sofortige Bezahlung oder durch allmähliche Abtragung des Preises käuflich erworben oder in Pacht oder Erbpacht übernommen werden. Stellenweise will man aber auch Mietskasen mit unüblichen Wohnungen in weitläufiger Bauweise als Kriegerheimstätten gelten lassen. So sollen in Sachsen noch Tiefamilienhäuser als Heimstätten gelten, wenn sie mit Aukland von bestimmter Größe ausgestattet sind und der Mieter eine „eigentümerähnliche Stellung“ hat. Die eigentümerähnliche Stellung soll darin bestehen, daß der Mieter vor spekulativen Mietsteigerungen und willkürlicher Kündigung geschützt ist.

Ueber den Kreis der Personen, die für Kriegerheimstätten in Frage kommen sollen, hat sich allmählich eine erhebliche Erweiterung der Auffassung durchgesetzt. Ursprünglich war der Plan entfallen, besondere Anstalten in Form von Kolonien mit besonderen, für die Kriegeschicksaligen eingerichteten industriellen und gewerblichen Anlagen zu schaffen, die Kriegeswidrigen also von den nichtkriegsbedingten Personen zu sondern. Von diesem Plan ist man aber im Laufe des Krieges immer mehr abgekommen, weil man die Wirkung einer solchen Sonderbehandlung auf die Stimmung der Kriegeschicksaligen nicht für günstig hält. Heute will man im allgemeinen die Erwerbung von Kriegerheimstätten allen geeigneten Kriegsteilnehmern ermöglichen. In einzelnen Bundesstaaten, zum Beispiel in Sachsen, sollen sogar auch Personen Kriegerheimstätten erwerben können, die nicht unmittelbar an Kriege teilgenommen haben (Arbeitslosen, Arbeiter, Bedienstete der Staatsbahnen usw.). Solche Kriegerheimstätten werden von Kriegerheimstätten, die von Kriegerheimstätten oder von anderen dem Volk zugewandt sind, auf die Erwerbung von Heimstätten ohne Einfluß sein.

Was die Heimstättenbauarten anbelangt, so sollen diese vor allem zweckentsprechend, außerdem aber auch schön und

möglichst billig sein. Die Architekten haben für diese Bauten mehrere Grundformen entwickelt. Bei der einen Form ist das Wohngebäude in irgendeiner Weise mit dem Stall für Kleinvieh oder dem Wirtschaftsgebäude verbunden, bei einer andern ist das Wirtschaftsgebäude durch einen Hofraum vom Wohnhaus getrennt. Eine dritte Form ist das Doppelhaus, das auch entweder mit den dazugehörigen Ställen und Wirtschaftsgebäuden eine Einheit bilden oder in ein gemeinsames Doppelwohnhaus und in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum getrennt sein kann. Und solche Bauformen gibt es noch mehr. Jede von ihnen hat ihre Vorteile, aber auch ihre Nachteile gegenüber den andern. Das einfachste stehende Wohnhaus mit räumlich davon getrenntem Stall- und Wirtschaftsgebäude hat zum Beispiel den Vorteil, daß der Grundriß ganz nach Belieben eingeteilt und doch alle Räume gut besichtigt werden können. Dazu kommt, daß jede Verästelung durch den Nachbar ausgeschlossen ist und daß auch eine Grundbesitzübergabe durch den Stall und die damit verbundenen Anlagen nicht stattfindet. Diese Bauform erfordert aber mehr Platz und höhere Baukosten, auch sind die Gebäude im Winter mehr der Abkühlung ausgesetzt als ein einseitiges Wohn- und Wirtschaftsgebäude oder gar als ein Doppelhaus mit angebauten Ställen und Wirtschaftsgebäuden. Beim Doppelhaus hingegen sind wieder die Grundbesitzübergabe, die Verästelung und manches andere weniger günstig als beim Einzelhaus.

Die Innenräume sollen natürlich vor allem dem Zweck der Heimstätten entsprechen. Je nachdem, ob der Heimstätteninhaber sich ausschließlich landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Betätigung widmen, ob er nebenbei ein selbständiges Gewerbe treiben oder sich als Heimarbeiter einen kleinen Nebenberuf verdienen will, werden die Räume eingerichtet werden müssen. Ein selbständiger Schlosser, Tischler oder Stellmacher braucht eine Werkstatt, für einen Schmiedler, Schneider oder Uhrmacher genügt ein besonderes Zimmer, für einen Heimstätteninhaber, der außer dem Hause auf Arbeit geht, sind kleine Arbeitsräume nicht notwendig. Auch aus der Art der Heimstätten ergeben sich für die Raumeinteilung mangelhafte Unterschiede. Für eine Wohnheimstätte ist zum Beispiel unter Umständen eine Wohnküche empfehlenswert, das heißt ein Raum, der gleichzeitig als Küche und Wohnraum dient; für Wirtschaftsheimstätten, mit denen Heimstätten in großem Umfange oder gar Viehzucht verbunden ist, wird dagegen ein solcher Raum weniger praktisch sein. Denn in der Küche wird in der Regel auch das Futter für die Schweine und sonstigen Haustiere zubereitet, was die Küche als Wohnraum ungemühtlich und unhygienisch macht und sie in ihrem Wert beeinträchtigt. Für solche Heimstätten wird deshalb neben der Küche ein besonderer Wohnraum vorzuziehen sein, es sei denn, daß das Futter für die Haustiere in einem besonderen Wirtschaftsraum zubereitet werden kann. Auch zum Waschen der Wäsche ist eine Wohnküche nicht sehr geeignet.

Neben dem Wohnraum und der Küche beziehungsweise der Wohnküche soll die Heimstätte vor allem gesunde Schlafräume für den Heimstätteninhaber und seine Familie enthalten. Dazu, wenn nötig, einen Arbeitsraum zur Berufsausübung des Ziebers — der unter Umständen später vom Zieber als „Altenstüb“ verwendet werden kann —, einen Keller zur Aufbewahrung von Obst, Gemüse und ähnlichen Dingen, je nach Bedarf einen Futterboden, einen Geräteschuppen, Stallungen für Kleintiere usw. Vieles muß empfohlen, ins Besondere einige Zimmer einzubauen, die entweder als Schlafräume für einen Zieber mit großer Familie benutzt oder aber vermietet werden können. Nebenher wird auf die Gerätmöglichkeit der Siedlungsstellen und auf eine Anlage, die im Notfall jederzeit eine Erweiterung gestattet, großer Wert gelegt.

Die Ausstattung der Räume soll so einfach wie möglich, aber doch schön und praktisch sein. Im Wohnraum oder in der Wohnküche soll zum Beispiel an Stelle des Sofas eine breite Eckbank treten, die durch Auflagen einiger Kissen auch zur Ruhebank umgewandelt werden kann. Ein Tisch, einige Stühle, eine Kommode, ein Esstisch und ein Stuhl — die gleichzeitig als Kinderstühlchen oder wenn der Esstisch zum Kochen dient, zum Abstellen des Kochgeschirrs benutzt werden kann —, unter Umständen auch ein besonderer Kinderstühlchen ein Weichschiffchen, außerdem vielleicht noch eine Nähmaschine oder ein anderes wichtiges Möbel sollen die ganze Ausstattung sein. Alle Möbel sollen einfach, schön und praktisch sein; alle unnötigen Verzierungen sollen vermieden werden. Da die Kriegerheimstätten möglichst billig sein sollen, so ist es natürlich auch für sie lebensfähig und die Förderung einer parianen Bauweise bemüht.

Es wäre sehr zu wünschen, daß nun nach den letzten Vorbereitungen und theoretischen Erörterungen der Bau von Heimstätten — und zwar nicht nur von Kriegerheimstätten — endlich praktisch in großem Maßstabe verwirklicht wird. Die Verordnungen der sozialistischen Reichsregierung, besonders jene über das Erdbauwesen, und die Verordnung zur Regelung der dringlichsten Bauangelegenheiten hat die praktische Verwirklichung der von der Kriegerheimstättenbewegung vertretenen Gedanken wesentlich erleichtert.

11  
eine  
liche  
Die  
die  
schen  
groß  
Nicht  
Stell  
von  
nicht  
ber  
in 1  
über  
Sten  
kult  
läßt  
gen  
weit  
irge  
frei  
mög  
sche  
mar  
schle  
sond  
hori  
wie  
gu 1  
  
ii  
  
troß  
Ver  
erfa  
8,9  
Loff  
mit  
Zeit  
grü  
m  
Bes  
—  
end  
6,4  
Mit  
—  
  
1.4  
2.3  
3.6  
4.5  
5.6  
6.5  
7.1  
8.1  
9.1  
10.1  
11.1  
12.1  
13.1  
14.1  
15.1  
16.1  
17.1  
18.1  
19.1  
20.1  
21.1  
22.1  
  
hat  
Ph  
N  
ist  
bei  
zu  
üb  
un  
de  
4.  
veg  
wo  
Be  
ist  
sid  
am  
St  
Se  
de  
Ar  
die  
ge  
Ar  
mit  
erl  
en  
Ar  
—





15  
14  
13  
12  
11  
9  
8  
7  
6

15  
14  
13  
12  
11  
9  
8  
7  
6

15  
14  
13  
12  
11  
9  
8  
7  
6

15  
14  
13  
12  
11  
9  
8  
7  
6

15  
14  
13  
12  
11  
9  
8  
7  
6

15  
14  
13  
12  
11  
9  
8  
7  
6

15  
14  
13  
12  
11  
9  
8  
7  
6

noch genau zu haben wie vor der Revolution. Dort herrscht nach dem Geist rückwärtiger, niedriger Klassen und Klassenbewußtsein. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind daher für die Zukunft, wollen sie tiefer in das Wirtschaftsleben eindringen und mitwirken, noch gewaltig. Eine sie würden uns die Freiheiten, durch die Revolution erungen, wenig nützen. Kollege Höber forderte daher zur tatkräftigen Mitwirkung und Unterstützung auf.

Der Vorstand der Hauptkassette vom 4. Quartal 1918 erstattete Kollege Scharnfeldt die Einnahmen für die Hauptkassette betragen 14 761,61, die Einnahmen für die Nebenkassette 4 468,07, die Gesamteinnahme 19 229,68. Ausgegeben wurden für die Hauptkassette 10 257,28, für die Nebenkassette 4 690,78. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 14 948,06. Der Bestand der Hauptkassette beträgt 4 473,35, der Bestand der Nebenkassette 3 777,29. Die Mitgliederbewegung weist folgende Zahlen auf: Bestand am Schlusse des 3. Quartals 305, im Laufe des 4. Quartals eingetreten 121, abgetreten 27, vom Vereinsjahr zurückgemeldet 222, ergibt zusammen 730. Im Laufe des Quartals abgetreten und abgemeldet 15, gestorben 4, abgetreten 1, wegen rückwärtiger Beiträge gestrichen 8. Bestand am Schlusse des 4. Quartals 702 Mitglieder. Davon sind 360 Maurer, 3 Betonarbeiter, 7 Stukkateure, 5 Pfeifenleger, 316 Bauhilfsarbeiter und 11 jugendliche Mitglieder. Zur Vereinstagung der Bauhilfsarbeiter wurden bis jetzt getrennt gestiftete Zweigvereine in Berlin und Potsdam auf Veranlassung beider Vereine veranlaßt.

**Unsere Arbeitsvermittlung im November.**

Der Monatsbericht des Amt für Arbeitsvermittlung und der Zentralfelle angegliederten die Nachweise Prien und Statin haben sich als hochproduktive im hiesigen Nachweise angegliedert. Nicht berichtet haben Nachweise und Bonn.

Nachweise über die Vermittlungstätigkeit.

Im Monat November	Maurer	Betonarbeiter	Stukkateure	Pfeifenleger	Bauhilfsarbeiter	Jugendliche	Gesamt
wurden angefordert	865	767	116	62	2	7	459
vermittelt	634	557	99	22	2	4	189

Von den 2441 angeforderten Arbeitsträgern konnten 1550 vermittelt werden, das sind 66,2% auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 79,24, Bauhilfsarbeiter 72,62, Betonarbeiter 85,54, Stukkateure und Pfeifenleger 55,44, Foliener 70,83, Holzarbeiter 68,25.

**Eine Hilfskassette für gewerbliche Unternehmungen**

ist beim Demobilisationsamt (Berlin, Leipziger Straße Nr. 119/120) errichtet, um die Fortführung beziehungsweise Wiederinbetriebnahme gewerblicher Betriebe und die Beschäftigung der Arbeiterkraft zu unterstützen, vor allem durch Gewährung und Verpfändung von Krediten, durch Erteilung von Aufträgen. Den Unternehmern wird auferlegt, daß sie ihre Arbeitskräfte im Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft beziehungsweise den Fachgruppen festsetzen, daß sie eine bestimmte Arbeiterzahl beschäftigen und daß sie der Überwachung ihres Betriebes durch die Zentralfelle jeden gewünschten Einfluß gestatten.

**Das Tiefbaugewerbe kein Handwerk.**

Die Bezugsgruppe Hamburg des Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes hat sich in ihrer Sitzung am 12. d. M. ausgesprochen, daß das Tiefbaugewerbe nicht als Handwerk anzusehen sei und demgemäß bei der Gewerbesteuer zur Gruppe der Industriellen gehöre.

**Vom Bau.**

**Kleinhausneubau in Gesehensmünde.** Dem gemeinnützigen Bauverein in Gesehensmünde sind aus Kreisen der Arbeitgeber 826 000 zunächst als unversichertes Darlehen übergeben worden. Damit sind die Grundbesitzerkosten für ein rund 30 Stellen umfassendes Baugelände in der Nähe des Hofes der Gesehensmünder Fabrik und es ist auch noch ein kleines Betriebskapital übergeben worden. Sofern es die Verhältnisse irgendwie gestatten, soll nun im Frühjahr 1919 mit der Errichtung von etwa 100 Häusern, meist Doppelhäusern, teilweise auch Reihenhäusern, begonnen werden. Voraussetzung für den Beginn des Baues ist allerdings, daß aus Reichs- und Staatsmitteln zu den Liebererwerbskosten ein namhafter Zuschuß gewährt wird.

**Leberführung von Vereinsgut an das Baugewerbe.**

Die Verteilung des verfügbaren werdenden Vereinsgutes, soweit es sich für das Baugewerbe eignet, ist von der Bauhilfsarbeiter-Vereinstagung beschlossen worden. Die Verteilung übertragen werden, die das Vereinsgut an Mitglieder wie Nichtmitglieder abgeben soll. Der Vereinsgut haben wir, muß seinen Bedarf beim Bezirks-Vereinstagungsverband für das Baugewerbe beimessen. Das Gerät wird freigegeben, doch wird für die Brauchbarkeit weder vom Staat noch von den Verbänden eine Haftung übernommen.

**Wohnungsnot.** Ein Hauswirt an der Strangriede in Hannover hatte eine Wohnung frei bekommen und kündigte an, daß sie anderweitig vermietet werden solle. Darauf meldeten sich nicht weniger als 600 Personen, die die Wohnung mieten wollten. Einmal das nicht umsetzbare Zustand: auf der einen Seite eine alles erträgliche Maß übersteigende Wohnungsnot, auf

der andern viele Tausende arbeitsloser Bauarbeiter, die mit ihren Familien vom Staat erhalten werden müssen und froh wären, wenn sie lohnende Arbeit hätten? Es wird höchste Zeit, daß man für die Arbeitslosen Arbeit und für die Wohnungsbedürftigen genügend Wohnungen schafft!

**Wohnungsnot in Neustadt.** In der Neustädter Stadtverordnetenversammlung gab sich am 16. d. M. die Besprechung eines Magistratsantrages über die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes der sozialdemokratischen Stadtverordneten Fraktion bekannt, daß in Neustadt nach der letzten amtlichen Zählung nur 72 leere Wohnungen, davon 49, die nur aus einem in einem Zimmer nebst Küche bestehend, vorhanden wären. Die Wohnungsnot sei in ein furchtbares Stadium getreten. Vor dem Strauß hätte die Zahl der leerstehenden Wohnungen etwa 5 vgl. Lager, jetzt sei sie auf 0,1 p. d. gesunken. Schamlos wäre der Mangel, der bei der Vermietung von Wohnungen getrieben werde. Für den Nachweis einer kleinen Wohnung würden oft 16 100 bis 18 000 Vermittlungsgebühr verlangt. Dieser Zustand müsse so schnell wie möglich beseitigt werden. Es sei möglich, wenn in Zukunft jede Wohnungsbauvermittlung durch den städtischen Mietnachweis gehen würde.

**Bücher und Schriften.**

**Die soziale Bilanz des Krieges.** Diese 1917 zuerst erschienene, in rascher Folge in 5 Auflagen verbreitete und in mehrere Sprachen übertriebene Schrift von Parvus war bald nach ihrem Erscheinen vom Oberamt in den Marken verboten worden. Jetzt ist sie aus neu herausgegeben (21 bis 40 Tafeln, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Preis 50 Pf.). Parvus hat ihr ein Nachwort hinzugefügt, in dem er den ehemaligen Oberamtsverordnungen in den Marken und das Treiben der ganzen Militärökonomie aufs schärfste brandmarkt. Im übrigen ist die Schrift, die schon 1917 den sozialistischen Charakter des Krieges für alle Beteiligten nachwies und für den Verständigungsfrieden eintrat, unverändert.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Vom 19. bis 25. Januar haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse geleandt: MfS-Gesellschaft 765,80, MfS 85,50, Artgen 19,24, Mannaberg 1 897,50, MfS 51,45, Bayreuth 78,40, Wark 132,80, Bräunow 44,65, Wuhrow 32, Bramsche 260,60, Breslau 20 Wargladt 69,05, Garnikau 7,65, Gubhagen 250,30, Gassel 3299,50, Dornimund 1291,36, Kemmin 170,80, Hilsedorf 204,60, Hüllersleben 75,40, Hirschburg 7,65, Hirschberg 81,45, Hirschberg 1209,50, Hirschberg 294,30, Genthin 229, Gießen 708,38, Golp 29, Götze 719,70, Sandersheim 33,50, Güstebitz 85,20, GutsMuth 10,20, GutsMuth 188,30, Halle 500, Fulda 256,05, Güttenrode 86,40, Hamburg 30 058,60, Herzberg a. S. 46,50, Hamm 236,80, Hildesheim 654,40, Herford 328,55, Jerichow 29,20, Hitz 141,65, Konigs 81,45, Ketzsch 1209,50, Ketzsch 3482,45, Kauenburg a. d. E. 478,70, Lüdenscheid 319,90, Lützen 150, Langenwehder 64,50, Mittenberg 13,55, Leer 2,30, Lübeck 571,10, Langeheide 203,70, Marne 191,20, Mauer 109,90, Neubitz 256,40, Neulitz 135, Osmünde 629,30, Oertrand 27,20, Orosnitz 140,65, Pöhl 140,80, Pöhlitz 54,40, Pöhlitz 148,90, Pöhlitz 292,41, Rathenow 2419,90, Rehna 28,70, Seehausen 79,55, Seligenow 273,50, Sondershausen 19,63, Stargard 341,77, Schwedt 94,41, Schilte 235,55, Eitzdorf i. M. 55,85, Schwedt a. d. W. 48,20, Stadthagen 120,55, Streblen 20,25, Tannendorf 85, Zantenhein 24,00, Tietze 28,78, Hm 473,97, Warel 314,85, Weglar 498,10, Wittmund 97,20, Wittenberge 78, Woldegk 118,25, Wismar a. d. M. 79,80, Wittenberge i. E. 128,30, Weiswasser 59,10, Weiswasser i. Bayern 13,90.

**Kalender:** Amdorf 6, Breslau 50, Beetz 13,50, Barmen 30, Bamberg 5, Bernau 5, Garmisch 2, Dillstedt 25, Döhlen 6, Ebersdorf 50, Fienburg 17,50, Grieben 1, Hof 3, Hohen 4, Halle 20, Hagen 5, Schützengraben 1, Manteuffel 6, Konigs 25, Rost 5, Rattowitz 25, Kauenburg a. d. E. 7,50, Ludz 5, Löwen 10, Leer 5, Eitzdorf 10, Marne 1,50, Mittenberg 5, Neulitz 3,50, Neubitz 1,50, Orosnitz 10, Pöhlitz 20, Rathenow 25, Seehausen 6, Stargard i. M. 4, Stadthagen 2,50, Streblen 7,50, Schilte 5, Tietze 10, Hm 7,50, Weglar 5, Wittmund 3,50, Wittenberge i. E. 7,50, Wittenberge 5, Weiswasser 1,50, Weisbaden 1,50, Wietzenhagen 5, Amdorf 1,50, Wargladt 1,50, Wetz 1, Barmen 2, Cughoven 10, Garnikau 10, Böhlen 10, Kemmin 10, Hirschberg 1,60, Grünberg 1, Pöhlitz 1,50, Wuhrow 2,15, Wuhrow 2,10, Konigs 1,60, Hitz 1,60, Kauenburg a. d. E. 1,60, Leer 1,60, Eitzdorf 1,60, Neubitz 1,60, Orosnitz 1,60, Pöhlitz 1,60, Rathenow 1,60, Seehausen 1,60, Stargard 1,60, Streblen 1,60, Tietze 1,60, Wetz 1,60, Wittenberge 1,60, Wittmund 1,60, Wuhrow 1,60.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“,**  
Zuschußkassette, Sitz Hamburg.

**Mit über 300 Vertretungsstellen.**

Im Baugewerbe beschäftigten Arbeitern aller Spezialbranchen, die das 45. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, gesund und arbeitsfähig sind und das Bedürfnis haben, sich in einer Zuschußkassette gegen Krankheit zu versichern, wird die obenbenannte Krankenkasse zum Beitritt empfohlen.

Der Beitrag beträgt in der ersten Klasse 1, in der zweiten 80 Pf., in der dritten 60 Pf., in der vierten 40 Pf. wöchentlich.

Das Krankengeld beträgt nach dreizehnwöchiger Mitgliedschaft pro Tag (ohne Sonntag) in der ersten Klasse 1,50, in der zweiten 1,20, in der dritten 1,00, in der vierten 0,80.

Nach einjähriger Mitgliedschaft wird im Todesfall eine Beerdigungsgeld gezahlt: in der ersten Klasse 100, in der zweiten 108, in der dritten 116, in der vierten 124.

Weitere Auskunft erteilt der Unterzeichnete, Wunsch werden Zeichnungen und Beitrittsformulare sandt. Bauarbeiter, die das Bedürfnis haben, sich in Zuschußkassette gegen Krankheit zu versichern, sollen im Zentral-Kranken- und Sterbekasse ihres Berufes beitreten und Kollektoren dafür agitieren.

Alle diejenigen, die infolge des Einmarsches von aus der obenbenannten Krankenkasse ausgeschieden nach der Entlassung vom Militär willens sind, in die Kasse wieder einzutreten, für die aber zugegen ein Wohnort eine Vermaltungsstelle der Kasse nicht ist oder wo die Kasse der Kreisverwaltung nicht beizutreten können ihren Wiederbeitritt zu der Krankenkasse bei Unterzeichneten bewirken.

Der Vorstand, Hamburg 25, Wallstraße 1, 1.

**Sterbetafel.**

(Unter jeder Rubrik verstanden nur alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach ihrem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeit vorher 19. J.)

**Amstam.** Am 18. Januar starb unser treues Mitglied und Mitbegründer unseres Vereins **Hermann Schaller** (Maurer) im Alter von 74 Jahren Altersschwäche.

**Berlin.** Am 22. Januar starb unser Mitglied **Friedrich Koch** (Bauer) im Alter von 65 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 30. Januar starb unser Mitglied **Wilhelm Wegener** (Hilfsarbeiter) im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung.

**Bronberg.** Am 25. Januar starb unser Mitglied **Reinhold Nehring** (Maurer) im Alter 61 Jahren an Lungenerkrankung.

**Deutsch-Rastbach.** (Schönau.) Am 12. Januar starb unser Kollege **Franz Nöcker** (Maurer) im Alter von 69 Jahren an Grippe.

**Dresden.** Am 24. Januar starb unser Mitglied **Wilhelm Schmidt** (Maurer) aus Dippoldsdorff im Alter von 61 Jahren an Grippe. — Am 22. Januar starb unser Mitglied **Ernst Balz** (Maurer) aus Hirschdorf im Alter von 60 Jahren an Darmverengung.

**Glab.** Am 16. Dezember starb unser Kollege **Pawel Wetzell** (Maurer) aus Hengelsdorf im Alter von 19 Jahren.

**Glauchau.** Am 22. Januar starb unser langjähriger Mitglied und Mitbegründer unseres Vereins **Hartmann Müller** (Maurer) im Alter von 51 Jahren an Darmleiden.

**Gumbinnen.** Am 14. Januar starb unser Mitglied **Fritz Mann** (Maurer) im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 28. Januar starb unser Mitglied **Gottlieb Hoethke** im Alter von 65 Jahren an Grippe.

**Hamburg.** Am 19. Januar starb unser Mitglied **Gustav Lemecke** (Plattenleger) im Alter von 69 Jahren an Nierenleiden. — Am 21. Januar starb unser Mitglied **Otto Piel** im Alter 72 Jahren an Lungenerkrankung.

**Hitz.** Am 26. Januar starb unser Mitglied **Franz Gnass** (Maurer) im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung.

**Leipzig.** Am 23. Januar starb unser Kollege **Johann Kurock** (Maurer) im Alter von 62 Jahren an Grippe.

**Manteuffel.** (Geddesheim.) Am 14. Januar starb unser Mitglied **Joh. Matth. Orth** (Hilfsarbeiter) im Alter von 56 Jahren an Lungenerkrankung.

**Mannheim.** Am 24. Januar starb der Kollege **Eugen Glock** (Hilfsarbeiter) im Alter von 26 Jahren an Grippe.

**Manteuffel.** (Gaidhausen.) Am 23. Januar starb unser Kollege **Richard Pfallinger** (Hilfsarbeiter) im Alter von 66 Jahren an Lungenerkrankung.

**Mittlingen-Wilhelmsbad.** Am 19. Januar starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kollege **Herrmann Erwe** im Alter von 29 Jahren.

**Pöhlitz.** Am 29. Januar starb der Kollege und Mitbegründer unseres Vereins **Emil Plank** im Alter von 44 Jahren an Lungenerkrankung.

**Ulm.** Am 20. Januar starb unser Kollege **Karl Schulz** (Maurer) im Alter von 43 Jahren an Grippe.

**Würgau.** Am 18. Januar starb unser Kollege **August Keidel** (Maurer) aus M. im Alter von 64 Jahren an Herleiden. — Am 22. Januar starb unser Kollege **Johann Frank** im Alter von 63 Jahren an Grippe.

Obre ihrem Audenten

**Löwenberg i. Schl.**

Der „Grundstein“ und die Beitragsmarken für Unterzeichnungsgebühren werden jeden Mittwoch und Abend von 5 bis 7 Uhr abends abgeholt in der Herberge, Lanbaner Straße 262.

**Versammlungen.**

Berlin 4. (Krankenkasse) Sonntag, den 16. d. M. vorm 10 Uhr, (See Mariendorfer und Straße, Lagerordnung: Klassen und Neuzugang vom 4. Quartal 1918. Neuwahl der statutenändernden Bezirksauswärtigen. Klassenangelegenheiten und Verschiedenes.